

Deutsche Betriebe bilden zu wenig aus

Stefan Luft

über Arbeitsmigrationspolitik

Eine Koalition aus Grünen und Arbeitgeberverbänden macht sich dafür stark, abgelehnten Flüchtlingen den Weg in den Arbeitsmarkt zu öffnen. Zusammen mit weiten Teilen der öffentlichen Meinung sprechen sie von zahllosen Betrieben, die „händeringend“ nach Fachkräften suchen. Sie unterstellen einen allgemeinen Fachkräftemangel. Dieser ist aber eine Legende, darin sind sich die Fachleute weitestgehend einig. Es gibt nur Engpässe in einzelnen technischen sowie Gesundheits- und Pflegeberufen.

Interessant ist: Nur jeder fünfte Betrieb in Deutschland bildet noch aus – damit verweigern 80 Prozent der Betriebe ihren Bei-

trag zum Fachkräftenachwuchs. Deutschland bemüht sich darum, vor allem „Hochqualifizierte“ aus dem Ausland anzuwerben, unter anderem Ärzte. Gleichzeitig haben sich im Wintersemester 2014/15 rund 57 800 junge Menschen auf einen Medizinstudienplatz beworben – nur eine Minderheit (13 400) hat aber einen solchen erhalten.

Starke Industriestaaten holen Ärzte aus anderen Staaten, in denen sie häufig fehlen, damit sie die hohen Ausbildungskosten nicht tragen müssen. Das ist ethisch höchst fragwürdig. Gleiches gilt für das Pflegepersonal: Auch hier ist eine Knappheit festzustellen. Arbeitsbedingungen und Löhne gelten als unattraktiv. Um dem Kostendruck zu begegnen, setzt man auch hier auf eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die in immer entlegeneren Ländern ausgreifen muss, um noch Interessenten zu finden.

Der „Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen“ kritisiert: „Der heutige Fachkräftemangel ist (...) hausgemacht. Die wichtigste Ursache liegt in den sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in der Pflege. Eine schlechte und in vielen Fällen rückläufige Bezahlung geht mit einer zunehmenden Arbeitsbelastung einher. Es wird versäumt, Personal durch Aus- und Weiterbildung zu gewinnen. (...) Deutsche und EU-eigene Fachkräfte sind häufig nicht mehr bereit, die zunehmend schlechten Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu akzeptieren. Infolgedessen suchen die Bundesregierung und Arbeitgeber jetzt auf dem Weltmarkt nach Arbeitskräften.“

Schon bei der Anwerbung von „Gastarbeitern“ in den 1960er-Jahren hat die Politik das vollzogen, was die Arbeitgeberverbände forderten. Die Gewinne wurden

privatisiert, die Kosten sozialisiert. Verantwortliche Arbeitsmigrationspolitik sollte sowohl die schwachen Interessen vieler Herkunftsstaaten berücksichtigen als auch die schwachen Interessen derjenigen, die nicht oder nur zu prekären Verhältnissen in den heimischen Arbeitsmarkt integriert sind. Davon gibt es noch sehr viele.



Gastautor

Stefan Luft (54) ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Migration und Integration.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.